

Corona in den USA – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

08. Januar 2021

„Marsch auf das Kapitol“

Manfred Berg, Universität Heidelberg

Anja Sschüler: "Corona in den USA," der Podcast des Heidelberg Center for American Studies. Guten Tag und herzlich willkommen zu einer Sonderausgabe des Podcasts des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schüler. Liebe Hörerinnen und Hörer, ich hoffe, Sie sind gut in das Jahr 2021 gestartet, das wir eigentlich mit einem Ausblick auf die Biden-Präsidentschaft beginnen wollten. Dann aber erreichten uns zwei Wochen vor der Amtseinführung aus der amerikanischen Hauptstadt Bilder von beispiellosen Ausschreitungen. Eine Versammlung von Trump-Unterstützern, bei der auch der amtierende Präsident gesprochen hat, ist in einem Sturm auf das Parlament eskaliert. Scharenweise drangen Trump-Anhängerinnen und -Anhänger in das Capitol ein, wo die Abgeordneten dabei waren, Joe Bidens Wahlsieg formell zu bestätigen. Die Sitzungsäle mussten evakuiert werden, geistesgegenwärtige Saaldiener brachten die Urnen des Wahlmännerkollegiums in Sicherheit. Beamte zückten ihre Waffen und setzten Tränengas ein. Zwei Tage später wissen wir, dass fünf Menschen ums Leben gekommen sind, mehr als 90 wurden festgenommen. Wir wollen heute über die Bedeutung dieser Ereignisse sprechen und ich freue mich, dass dafür erneut Manfred Berg zu Gast im HCA-Podcast ist. Er ist Inhaber des Curt Engelhorn Lehrstuhls für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg und stellvertretender Direktor des HCA. Willkommen zurück. Manfred, in einem unserer letzten Gespräche hast du es ja durchaus für möglich gehalten, dass wir in den USA bürgerkriegsähnliche Zustände sehen, falls die Mehrheit der amerikanischen Wählerinnen und Wähler sich für Joe Biden entscheiden sollte. Wie schätzt du die Ereignisse vom vergangenen Mittwoch ein?

Manfred Berg: Ich habe in der Tat immer wieder auf die Analogie zum Jahr 1860 hingewiesen, zur Erinnerung: Die Südstaaten haben ihre Sezession erklärt, nachdem Abraham Lincoln zum Präsidenten gewählt wurde und sie nicht bereit waren, diesen Wahlsieg Lincolns hinzunehmen. Es war für mich völlig klar, dass, nachdem Donald Trump im Laufe des Jahres 2020 immer wieder deutlich gemacht hatte, dass er eine Niederlage nicht hinnehmen würde, dass es im Falle einer Wahlniederlage Trumps nicht einfach zu einem normalen Regierungswechsel, wie wir ihn aus der Vergangenheit kennen, kommen würde. Sondern dass es massive Auseinandersetzungen geben würde und möglicherweise es auch zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen könnte. Nachdem Trump dann nach dem 3. November systematisch die Lüge vom Wahlbetrug verbreitet hat, war eigentlich klar, dass irgendetwas in dieser Art schon passieren würde. Ich erinnere dran, er hat eine

Vielzahl absurder Klagen eingereicht, er hat Richter, Wahloffizielle, seinen Vize-Präsidenten gedrängt, teilweise sogar bedroht. Alles mit dem Ziel, dass sie ihm einen Wahlsieg, den er nicht errungen hat, sondern eine er hat eine Niederlage erlitten, dass sie ihm dennoch nachträglich zu einem Wahlsieg verhelfen. Und dieser 6. Januar 2021 war im Grunde seine letzte Chance. Ich persönlich glaube, dass es sich dabei durchaus um eine Art Strategie handelte. Trump hat versucht, Chaos zu stiften, um die Ratifizierung des Wahlergebnisses mit allen Mitteln zu verhindern. Man kann darüber spekulieren, was er, wenn ihm dies denn gelungen wäre, danach getan hätte. Möglicherweise hat er mit dem Gedanken gespielt, dass er in einer solchen Situation vielleicht den Notstand ausrufen könne. Also im Sinne einer klassischen Strategie, zunächst Chaos zu stiften und sich dann als Retter aus diesem Chaos zu profilieren, um auf diese Art dann doch im Amt zu bleiben. Was die genauen Hintergründe dieser Ereignisse sind das wird aufzuklären sein und darüber werden auch, da denke ich, muss man kein Prophet sein, auch die Historikerinnen und Historiker noch sehr lange drüber diskutieren.

Anja Schüler: Ja, nun ist ja die Zertifizierung der Stimmen des Wahlmännernkollegiums eigentlich immer nur eine Formalität, eine der vielen Formalitäten des langgezogenen Wahlprozesses in den USA. Wieso war das bei diesen Wahlen anders?

Manfred Berg: Weil im Grunde genommen die demokratischen Spielregeln in den USA schon lange nicht mehr gelten bzw. sie schon lange geschwächt sind. Wir haben ja im Vorfeld dieser Wahlen sehr viel darüber geredet, wie vor allem die Republikanische Partei seit langem versucht, die Registrierung von Wählern zu behindern. Solcher Wähler, von denen sie glaubt, mit Recht, dass sie überwiegend für die Demokraten stimmen werden. Wir haben im Grunde genommen in der amerikanischen Politik seit Jahren das alte amerikanische Prinzip beobachten können "winning isn't everything, it's the only thing," also du muss um jeden Preis gewinnen. Und es sollte ja auch niemanden wirklich überraschen. Donald Trump hatte bereits 2016 behauptet, nur Wahlbetrug könne seinen Sieg verhindern. Er hatte angekündigt, er werde keine Wahlniederlage akzeptieren. Weder 2016 war das so, noch 2020. Und dann ist eben auch daran zu erinnern, dass sich große Teile der republikanischen Kongressdelegation zu seinem Werkzeug gemacht haben, indem sie angekündigt haben, die Wahlergebnisse, die ja nun längst ratifiziert bzw. zertifiziert waren, in den Einzelstaaten noch einmal anzufechten. Auch das ist in hohem Maße ungewöhnlich. Diese Leute haben sich zu Handlangern der Trumpschen Strategie gemacht.

Anja Schüler: Nun sind ja viele hundert Menschen innerhalb kurzer Zeit in das Kongressgebäude gelangt, haben Büros verwüstet und im Senatssaal für Selfies posiert. Warum war das Kapitol so unzureichend geschützt? Im Vorfeld hatte es sich in den sozialen Medien abgezeichnet, dass es zu so einem Marsch auf das Parlament kommen könnte.

MB: Das wird in der Tat zu untersuchen sein. Wir alle wissen, dass die US-Polizei ansonsten sehr martialisch aufzutreten pflegt. Ich erinnere an die Bilder, die wir aus dem Sommer 2020 bei den Black Lives Matter Demonstrationen gesehen haben. Insofern ist es in der Tat völlig unverständlich, dass zu einem solchen wichtigen Verfassungsakt, wie es die Ratifizierung des Präsidentschaftswahlergebnisses im Kongress nun einmal darstellt, eine völlig unzureichende Polizeipräsenz zu beobachten war. Niemand hätte überrascht sein dürfen. Die Demonstration war angekündigt. In den sozialen Netzwerken kursierte die Aufforderung, aufs Kapitol zu marschieren. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass viele Sicherheitsexperten kritisieren, die Polizei habe sich passiv und dilettantisch verhalten. Und im Übrigen, aber das muss man natürlich mit Vorsicht genießen, kursieren auch Gerüchte darüber, dass Trump möglicherweise bei den Sicherheitsbehörden auch gewisse Unterstützung hatte. Also hier ist sicher eine Untersuchung ganz unbedingt nötig. Ich bin hier allerdings auch zuversichtlich, dass dies so zumindest die amerikanischen investigativen Medien sehr sorgfältig auch tun werden.

Anja Schüler: Welche Rolle hat Donald Trump denn jetzt gespielt im Vorfeld dieser Ereignisse und auch am vergangenen Mittwoch?

Manfred Berg: Also ich glaube, es ist vor allem zunächst einmal ganz wichtig, dass wir hier nicht sein Narrativ kaufen. Es handelte sich ganz sicher nicht um eine außer Kontrolle geratene Versammlung seiner Anhänger, die vollkommen gegen seinen Willen in Ausschreitungen endete. Es war eindeutig eine vom amerikanischen Präsidenten höchstpersönlich angestiftete Aufruhr gegen die Verfassungsorgane der USA mit dem Ziel, die Ratifizierung des Wahlergebnisses zu verhindern. Ich nenne das einen Putschversuch und ich werde durchaus mal die Analogie wagen, dass es sich hier um eine Art Mussolini-Moment handelte, ich spiele natürlich auf Mussolinis berühmten Marsch auf Rom im Jahre 1922 an. Man mag natürlich sagen, das sei dann doch sehr dilettantisch inszeniert gewesen, wenn es denn so war von Donald Trump. Das war vielleicht so, aber es gibt auch andere Beispiele aus der Geschichte, dass solche Dinge zunächst einmal sehr dilettantisch enden können. Man kann hier durchaus auch auf den berühmten Marsch Hitlers auf die Feldherrnhalle 1923 verweisen. Entscheidend ist halt, welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Anja Schüler: Welche Konsequenzen könnten das sein?

Manfred Berg: Also es ist zunächst noch einmal ganz deutlich zu sagen, was Donald Trump getan hat. Das ist Anstiftung zum Aufruhr, das ist eine Straftat. Und er muss nach meiner Ansicht nach Bundesrecht wegen Anstiftung zur bewaffneten Aufruhr gegen die Verfassungsordnung angeklagt werden. Zur Information: darauf stehen bis zu 20 Jahre Haft. Ich glaube, ein unparteiisches Gericht hätte ausreichend Beweismaterial. Es müsste im Grunde genommen nur die Mitschnitte anschauen und anhören, um zu dem Urteil zu gelangen, dass Trump hier ganz eindeutig zum Verfassungsbruch aufgerufen hat und zum gewaltsamen Aufruhr gegen den

amerikanischen Kongress. Insofern würde ich meinen, dass die bloße Amtsenthebung oder die Entfernung aus dem Amt nach Artikel 25 der amerikanischen Verfassung im Moment eigentlich die naheliegenden Konsequenzen, aber nicht ausreichend sind. Es sollte meiner Meinung nach eine strafrechtliche Untersuchung geben. Der neue Justizminister sollte Ermittlungen einleiten.

Anja Schüler: Ja, du hast es eben schon gesagt es gäbe jetzt zwei Wege, um Donald Trump sozusagen des Amtes zu entheben. Einmal durch ein Amtsenthebungsverfahren im Kongress oder durch den Artikel 25. Es mehren sich die Stimmen auch aus der Republikanischen Partei, die diese Absetzung fordern. Wird es denn dazu kommen? Man möchte ja fast fragen: Lohnt sich das noch?

Manfred Berg: In der Tat, es sind noch 12 Tage. Technisch wäre es wohl möglich, aber man muss immer noch daran erinnern: ein Impeachment würde nach wie vor eine Zustimmung von zwei Drittel der Mitglieder des Senats erfordern. Das heißt also, ein großer Teil der Republikaner müsste zustimmen. Sie haben das bei dem ersten Impeachment-Verfahren gegen Trump nicht getan. Auch der 25. Verfassungszusatz würde, wenn Trump seiner eigenen Amtsenthebung wegen Amtsunfähigkeit widerspricht, womit wahrscheinlich zu rechnen ist, dann noch einmal am Ende im Kongress bestätigt werden müssen. Und auch hier wäre dann eine Mehrheit und zwar nicht nur im Senat, sondern im gesamten Kongress, also auch im House of Representatives, von zwei Dritteln erforderlich. Das Ganze ist also extrem kompliziert. Der Hauptgrund, warum es gefordert wird, ist, dass Trump zukünftig für alle öffentlichen Ämter disqualifiziert sein muss. Das wäre die Rechtsfolge eines Impeachment. Ich würde aber daran erinnern, dass diese Disqualifikation für öffentliche Ämter auch durch eine strafrechtliche Verurteilung zu erreichen wäre. Ich hielte dies für besser. Ich bin ganz emphatisch der Auffassung, dass sich Demokratien gegen ihre Feinde verteidigen müssen und dass die amerikanische Demokratie hier ein Zeichen setzen muss. Es bleibt abzuwarten, ob die politische Entschlossenheit dazu besteht. Denn natürlich wird es enorme Konflikte aufwerfen.

Anja Schüler: Nun hat sich Donald Trump in seinem neuesten Statement von den Handlungen seiner Anhängerinnen und Anhänger distanziert. Er hat die Ausschreitungen abscheulich genannt und zur Versöhnung aufgerufen. Was ist denn davon zu halten?

Manfred Berg: Also, das ist, mit Verlaub, lächerlich. Es ist das klassische "Haltet den Dieb!" Trump möchte so tun, als habe er gar nichts damit zu tun, als sei das Ganze lediglich gegen seinen Willen außer Kontrolle geraten. Wir alle müssen nur anschauen, was er vor seinen Anhängern gesagt hat. Wir müssen auch nur anschauen, was er während dieser Ausschreitungen dann noch einmal seinen Anhängern mitgeteilt hat, nämlich dass er sie liebe, dass sie eigentlich ganz wunderbar seien und dass man ihm natürlich die Wahl gestohlen habe, aber jetzt sei doch mal Grund, etwas friedlicher zu werden, sorry. Ich würde meinen, es ist völlig klar das, was Trump hier

versucht. Es ist durchsichtig und man müsste schon extrem leichtgläubig sein oder sehr zynisch, um ihm hier Glauben zu schenken.

Anja Schüler: Er hat ja im selben Statement auch gesagt "Unsere unglaubliche Reise beginnt gerade erst." Das ist ja doch der Gedanke an ein politisches Comeback.

Manfred Berg: Ja, natürlich, das ist sicher sein Ziel. Er will verhindern, dass er abgesetzt wird durch Impeachment, um sich die Chance auf ein Comeback offenzuhalten. Er wird versuchen, seine so genannte Trump-Bewegung zusammenzuhalten. Und in der Tat, ich würde hier überhaupt kein Anlass zur Gelassenheit sehen, in dem Sinne, dass man sagt "Die Krise ist jetzt vorbei. Trump ist für alle Zeiten diskreditiert." Wir haben in der amerikanischen Politik in den vergangenen Jahren so viele Dinge, die niemand für möglich gehalten hätte, erlebt, das ich persönlich nicht mehr bereit bin, irgendetwas für die Zukunft auszuschließen. Und das würde auch bedeuten, dass Donald Trump, wenn es ihm denn rechtlich möglich wäre, noch einmal antritt. Im Übrigen bin ich auch der Auffassung, dass nicht nur Trump, sondern auch Giuliani und möglicherweise auch sein Sohn, die ja direkt an der Anstiftung zum verfassungswidrigen Aufruhr beteiligt waren, ebenfalls angeklagt werden müssen. Es wird ja auch viel darüber spekuliert, ob Trump möglicherweise einen seiner Söhne oder seine Tochter ins Rennen schickt, um dann gewissermaßen für die Familiendynastie die Präsidentschaft zurück zu erobern. Ich glaube, wir müssen einfach feststellen, der Mann, den viele Leute über Jahre hinweg für einen desorientierten, erratischen Politclown gehalten haben. Das war eine Unterschätzung. Der Mann ist am Ende dann doch zu skrupellosen Handeln bereit und möglicherweise auch in der Lage.

Anja Schüler: Was bedeuten diese Ereignisse nun für die Republikanische Partei?

Manfred Berg: Naja, in gewisser Hinsicht kann man wohl sagen, man erntet, was man sät. Das Ganze hat eine sehr lange Vorgeschichte, die bis in die 60er Jahre verrückt zurückverfolgt werden kann. Man könnte auch die 90er Jahre mit der sogenannten Republican Revolution unter Newt Gingrich als Zäsur ansetzen. Seither haben wir eine Radikalisierung weiter Teile der Republikanischen Partei erlebt, die sich immer stärker dem Rechtspopulismus und weißen Nationalismus zugewendet hat. Wir haben vor etwa zehn Jahren, zu Beginn der Obama Administration, die Entstehung der radikalen Tea-Party erlebt. Eigentlich muss man jetzt sagen, die Zauberlehrlinge haben den Geist dann nicht mehr in die Flasche zurückbekommen. Die Republikanische Partei steht heute vor der Entscheidung, ob sie in irgendeiner Weise wieder eine konservative Partei werden will, die innerhalb des demokratischen Rahmens, des demokratischen Systems operiert und konkurriert oder ob sie dauerhaft zu einer rechtsextremen Bewegung werden will. Es wäre eigentlich zu erwarten, dass sie sich spaltet. Das wird von vielen Beobachtern auch erwartet und teilweise gefordert in dem Sinne, dass nun endlich die prinzipienfesten Konservativen Konsequenzen ziehen müssten. Das Problem ist natürlich das amerikanische

Wahlsystem, das sehr stark auf ein Zweiparteiensystem hin orientiert ist, sodass es nicht klar ist, ob eine dritte Partei sich behaupten kann.

Anja Schüler: Dann können wir vielleicht abschließend den Blick nochmal etwas weiten. Was bedeuten diese Ereignisse für das Ansehen der amerikanischen Demokratie?

Manfred Berg: Nur ja, das Ansehen der amerikanischen Demokratie ist schon lange im Sinkflug. Es ist längst nicht mehr so, dass alle mit Ehrfurcht nach Washington blicken. Auch in den westlichen Demokratien ist der Vorbildcharakter der amerikanischen Demokratie längst voll oder weithin verloren gegangen. Und vor allem muss man natürlich sehen, und das war in der Berichterstattung sehr deutlich zu sehen, die autoritären Herrscher in Peking, Teheran, Moskau und Minsk und wo immer auf der Welt, hatten am Mittwoch einen großen Tag; sie konnten genüsslich darauf verweisen, westliche Demokratie bedeutet eben Chaos und eine autoritäre Herrschaft demgegenüber Ordnung. Ich persönlich denke auch, dass wir uns vielleicht stärker abgewöhnen sollten, weiterhin so naiv, wie das in der Vergangenheit war, auf die sogenannten checks and balances zu vertrauen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, das amerikanische System sei so robust und habe so viel Resilienz, dass es alle Krisen überstehe. Ich glaube, dass ein Teil des Problems auch darin besteht, dass dieses amerikanische System, das ja aus dem 18. Jahrhundert stammt, völlig dysfunktional geworden ist. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel: Warum muss ein Interregnum von zweieinhalb Monaten nach einem Wahlsieg sein? Wir haben auch jetzt einfach wieder zur Kenntnis nehmen müssen, das funktioniert nur dann, wenn sie einen Konsens und wenn sie Kooperation haben. Wenn Sie einen bösen Geist im Weißen Haus sitzen haben, dann kann der sehr viel Unfug anstellen. Ich glaube also, dass es im Grunde genommen in den USA auch eine Verfassungsreform geben müsste. Aber ich sehe die Chancen dafür eher als gering an, weil die institutionellen Hürden für eine durchgreifende Verfassungsreform einfach zu hoch sind.

Anja Schüler: Ja, ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch, Manfred Berg. Wir werden diese Entwicklungen natürlich weiter im Auge behalten und auch in der nächsten Woche noch einmal darauf zurückkommen. Dann spreche ich mit dem Politikwissenschaftler Martin Thunert über die Herausforderungen, die auf die Biden-Administration warten. Das war der erste HCA-Podcast in diesem Jahr. Mein Name ist Anja Schüler und ich möchte sie noch hinweisen auf die Ruperto Carola Ringvorlesung mit dem Titel "Quo vadis USA?" Aktueller denn je. Sie können die neuen Beiträge immer mittwochs auf HeiOnline abrufen, der Plattform für digitale Vortragsformate an der Universität Heidelberg. In der nächsten Woche finden Sie dort ein Gespräch des Heidelberger Kirchenhistoriker Jan Stievermann mit dem Journalisten Daniel Suliman über Religion und Politik nach Trump. Ich verabschiede mich für heute mit Dank ans Team und an Sie fürs Zuhören. Wir freuen uns, wenn Sie auch in der nächsten Woche den HCA-Podcast wieder anklicken. Bis dahin, bleiben Sie gesund.